

# Bürgerliche stellen sich hinter Konzerninitiative

**Menschenrechte** Kurz vor der entscheidenden Debatte erhält die Initiative Support.

Sie will, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz bei ihren Geschäften im Ausland sicherstellen müssen, dass sie Menschenrechte und Umweltvorgaben einhalten: die Konzernverantwortungsinitiative. So sperrig ihr Name, so endlos scheint auch die Diskussion im Parlament darum.

Seit gut zwei Jahren ringen die Parlamentarier um einen Gegenvorschlag. Die Befürworter wollen, dass Schweizer Unternehmen haftbar gemacht werden. Die Gegner möchten auf freiwillige Massnahmen setzen. Nächste Woche wird der Gegenvorschlag im Ständerat diskutiert – womöglich zum letzten Mal.

Die Initianten haben angekündigt, ihre Initiative zurückzuziehen, sollte sich das Parlament auf einen griffigen Gegenvorschlag einigen. Die Chancen, dass sie in einer Volksabstimmung angenommen würde, sind intakt: Laut einer Umfrage des Forschungsinstituts Demoscope im Auftrag der Initianten unterstützen im August fast drei Viertel die Initiative.

Nun hat sich auch ein bürgerliches Komitee aus rund 50 Politikern formiert, die die Initiative unterstützen. Darunter sind ehemalige Mitglieder des Nationalrats wie Ursula Haller (BDP), Roland Fischer (GLP), Ex-CVP-Generalsekretärin Béatrice Wertli und der Winterthurer Alt-Stadtrat Peter Arbenz (FDP). Stephanie Auderset, Geschäftsführerin des bürgerlichen Komitees, sagt: «Wir wollen zeigen, dass zahlreiche Bürgerliche hinter dem Anliegen der Initiative stehen.» Frei zu wirtschaften, habe schon immer bedeutet, Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen und dabei Grundregeln wie beispielsweise die Menschenrechte zu berücksichtigen.

Die Geschichte des Gegenvorschlags ist kompliziert. Der Nationalrat hat sich zweimal für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, der Ständerat wollte bislang nicht mitmachen. Nun hat die Rechtskommission des Ständerats einen neuen Vorschlag ausgearbeitet, der wirtschaftsfreundlicher ist als der Gegenvorschlag aus dem Nationalrat. Er schliesst zum Beispiel explizit aus, dass Konzerne für Verfehlungen von Dritten haften.

## Das Problem der CVP

In der Zwischenzeit hat aber Bundesrätin Karin Keller-Sutter einen eigenen Gegenvorschlag präsentiert, der nochmals schwächer ist als der Vorschlag aus der Rechtskommission. Der Bundesrat will im Hinblick auf eine Volksabstimmung über die Initiative eine Vorlage ausarbeiten, falls der Gegenvorschlag im Parlament scheitert. Es scheint derzeit darauf hinauszulaufen. Eine Mehrheit im Ständerat dürfte hinter der Strategie von Keller-Sutter stehen. «Der Vorschlag des Bundesrats geniesst in der FDP viele Sympathien», sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni. Auch von der CVP wird Keller-Sutters Entwurf positiv aufgenommen.

Für einen griffigen Gegenvorschlag aus dem Parlament wird es deshalb eng. Sagt der Ständerat nochmals Nein, ist das Thema abgeschlossen: «Ich befürchte, dass es für den Gegenvorschlag zu wenig Unterstützung der CVP geben wird», sagt SP-Ständerat Claude Janiak. «Die CVP wird ein Problem bekommen, denn die christlichen Hilfswerke, die CVP-Frauen und ein beachtlicher Teil ihrer Wählerschaft unterstützen die Initiative.»

**Lisa Aeschlimann**